

Liebe Leserinnen und Leser,

Dr. Volker Leienbach, Direktor des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V.

die private Krankenversicherung bekennt sich zu ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung als wichtige Säule des deutschen Gesundheitssystems. In diesem Sinne bietet der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) an, sich ab 2011 freiwillig an der Finanzierung der „Unabhängigen Patientenberatung Deutschlands“ (UPD) zu beteiligen. Diese Einrichtung, die bislang als Modellprojekt erprobt wurde, soll nun dauerhaft weitergeführt werden.

Von der Sache her ist eigentlich eine Steuerfinanzierung der UPD geboten, doch aufgrund der angespannten Haushaltslage des Bundes gibt es dafür auf absehbare Zeit keine realistischen Chancen. Vor diesem Hintergrund ist die PKV bereit, sich entsprechend ihrem Versichertenanteil an den Kosten der UPD zu beteiligen. Das bedeutet natürlich auch, dass die PKV an den Gremien der UPD sowie an den Entscheidungen über die Ausschreibung, Auftragsvergabe und Qualitätssicherung angemessen beteiligt werden muss.

In der Politik und in der Fachszene wird durchaus kritisch darüber diskutiert, ob und in welchem Umfang der Aufwand einer solchen zusätzlichen Institution nötig ist. Schließlich gibt es bereits vielfältige Angebote etwa bei Verbraucherberatungen, beim PKV-Ombudsmann, bei Ärzte-Organisationen, Patienten-Selbsthilfegruppen und nicht zuletzt bei vielen Krankenversicherungen. So hat auch die Auswertung des bisherigen UPD-Modellprojektes gezeigt, dass die tatsächliche Nachfrage von Patienten deutlich geringer war als kalkuliert.

Gleichwohl respektieren wir als PKV den politischen Willen der Bundesregierung und der parteiübergreifenden Mehrheit des Bundestages, die UPD über das Ende des Modellprojekts hinaus weiterzuführen. Deshalb sind wir zur Mitwirkung bereit. Wir haben unsere freiwillige Zusage zur Mitfinanzierung zunächst auf drei Jahre befristet, um im Lichte der praktischen Erfahrungen auswerten zu können, ob sich dieses Beratungsangebot auf Dauer bewährt. Für uns gilt wie bei allen anderen Leistungen: Entscheidend ist, dass es den Versicherten nützt.

Politische und gesellschaftliche Verantwortung übernimmt die PKV auch auf anderen Feldern. So haben wir unser bereits seit 2005 bestehendes Engagement in der Aids-Prävention um weitere fünf Jahre verlängert (s. Seite 12). Es gibt sehr ermutigende Belege dafür, dass unsere konsequente Aufklärungsarbeit wirkt. Dennoch wäre es fahrlässig, wenn wir deshalb in unseren Präventionsbemühungen nachlassen würden. Am Beispiel Aids wird es besonders deutlich: Prävention ist eine dauerhafte Aufgabe, die nur dann nachhaltig wirkt, wenn sie ebenso nachhaltig betrieben wird.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Volker Leienbach